

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 13689. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4506

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonellselle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.20 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonellselle 7.50 M. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
**Schluss** der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Kahrbartern steuert auf den offenen Konflikt. Die bayerische Regierung schlägt ihre Kappresse.

München, 6. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Verlangen des Reichsministers des Innern, die Münchener-Augsburger Abendzeitung wegen eines Gehartikels zu verbieten, hat den Konflikt zwischen München und Berlin wesentlich verschärft. Die Münchener Wähler behaupten, daß in Regierungskreisen keine Neigung bestehe, dieser Forderung der Reichsregierung nachzukommen. Ueber das Ergebnis des gestrigen Ministerrats, der zu der Frage Stellung nahm, liegen noch keine Meldungen vor. Heute vormittag wird die Regierung mit den Koalitionsparteien in Beratung nehmen und voraussichtlich wird heute nachmittag bei Zusammenkunft des bayerischen Ausschusses im bayerischen Landtag die Regierung von den sozialistischen Parteien interpelliert werden wegen ihrer Haltung in der Konfliktfrage zwischen Bayern und dem Reich.

## Regimentsfeier. — Pressehege gegen das Reich.

München, 6. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In Inngolstadt fand am Sonntag der Regimentsfest des 13. bayerischen Infanterie-Regiments statt. Man hatte dazu aus dem Münchener Armeemuseum die Fahnen des Regiments geholt, die von einer Ehrenkompanie am Bahnhof empfangen wurden. Die Regimentsvereinigung vollführte u. a. einen Paradezug an den Fahnen vorbei. Eine große Anzahl von Offizieren in Uniform beteiligten sich an der Parade, die mit dem in Bayern üblichen nationalistisch-monarchistischen Gepräge vor sich ging. Die gestrigen Münchener Abendblätter fallen während aber die Reichsregierung her. Die Münchener Neuesten Nachrichten überschrieben ihren Angriff gegen Berlin mit der Stichworte „Vormärzlicher Absolutismus“. Die Münchener-Augsburger Abendzeitung versucht den Anschein zu erwecken, als handele es sich um ein oder die Reichsregierung. Während der bayerische Kurier in einem Artikel „Bezeichnend Bayern“ sich gegen den Ton wendet, in dem die Reichsregierung mit der bayerischen Regierung verkehrt. Einig ist sich die ganze Kahr-Presse darin, daß es eine unumgängliche Zumutung sei, die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes zu fordern. Die ganze bayerische Presse bereitet den weiteren Widerstand Bayerns gegen etwaige Reichsmaßnahmen vor.

## Die nordbayerische Arbeiterschaft rüstet zum Kampf fürs Reich.

München, 6. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Am Sonntag tagte in Nürnberg eine Konferenz bayerischer Führer der Rechtssozialisten mit Mitgliedern ihres Parteivorstandes. Es wurde dort beschlossen, mit allen Mitteln die Regierung Wirth zu unterstützen im Kampfe gegen die bayerische Reaktion und den Ausnahmezustand. Die Münchener Post meldet, daß die SPD. gewillt sei, gemeinsam mit der USR. vorzugehen. Gleichseitig fand in Nürnberg eine Besprechung von bayerischen Gewerkschaftsvertretern statt, deren Gegenstand ebenfalls der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich war. Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund war der Vorsitzende Leipart anwesend. Heute wird der Landesauschuss der Gewerkschaften Bayerns zusammentreten, um entscheidende Resolutionen zu fassen. Die Reaktion rüstet zu weiterem Widerstand, die Arbeiterschaft steht auf Seiten des Reiches. Die Situation ist sehr ernst.

## Das Schutzgesetz für Politiker.

Berlin, 6. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie das Berliner Tageblatt aus parlamentarischen Kreisen erfährt, sind Vorarbeiten im Gange zur Schaffung einer Novelle zum Schutzgesetz, die sich um den Schutz der persönlichen Ehre parlamentarischer und politisch tätiger Persönlichkeiten dreht. Mit der Erledigung der Frage eines solchen Schutzes könne nicht solange gewartet werden, bis das gesamte Schutzgesetz reformiert sei. Die Novelle wird bis zum Zusammentritt des Reichstages fertiggestellt sein.

Wir hatten unsern gestern schon ausgesprochenen Vorbehalt gegen dieses Schutzgesetz aufrecht.

## Reichshabinnett-Sitzung.

Berlin, 6. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung nicht mit der bayerischen Frage. Im Anschluß an die Erhöhung der Beamtengehälter stimmte das Kabinett dem vom Reichsarbeitsminister vorgelegten Grundgesetz zur Aufhebung der Kriegshinterbliebenenrente zu.

## Gegen die reaktionären Richter.

Berlin, 6. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Im Vorwärts verlangt der bekannte Rechtsanwalt Werthauer die Abschaffung der Unabsehbarkeit der Richter, die entweder Volksbeauftragte oder Beamte und als solche absehbar sein müßten. Außerdem müsse sofort durch Gesetz bestimmt werden, daß in einer Strafsache nur ein Berufsrichter und wenigstens zwei Laienrichter an jeder Sitzung mitwirken. Ferner müsse bestimmt werden, daß es nur Reichsrichter gäbe.

## Die Opfer der Polizei in Koburg.

Koburg, 5. September. Die Zahl der bei den Unruhen verletzten Personen wird jetzt auf 20 angegeben. Der Magistrat gibt bekannt, das Aufgebot der Landespolizei sei ohne den Willen des Oberbürgermeisters erfolgt. Zur Erörterung der Angelegenheit wird der Große Gemeinderat einberufen. Die Vorstände der sozialistischen Parteien verlangen in einer Eingabe an das Reichsministerium des Innern Abberufung des Staatskommissars Dr. Freisch und sofortige Entsendung der Hundertschaft der Landespolizei. Die sozialistischen Betriebsräte beschließen, von einem Generalkreuz als Antwort auf die blutigen Vorgänge am Sonntag abzusehen. Der bei der Schießerei verwundete Händler Steinmeier ist heute nach im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

## Zweite Tagung des Völkerbundes in Genf.

Genf, 5. September. Die erste Sitzung der diesjährigen Völkerbundversammlung wurde heute vom Präsidenten des Völkerbundesrates, dem chinesischen Delegierten Wellington Koo, eröffnet. Koo begrüßte die Vertreter der im letzten Jahre neu aufgenommenen Staaten und stellte fest, daß der Völkerbund von 41 auf 48 Staaten angewachsen sei. Als den wichtigsten Punkt der diesjährigen Tagung bezeichnet der Präsident die Abrüstungsfrage. Er fügte hinzu, daß sie nicht schnell gelöst werden könne. Bei der Wahl des Präsidenten erhielten van Karnebeek (Holland) 19 Stimmen, Da Cunha (Brasilien) 12 und Motta (Schweiz) 4 Stimmen; einige Stimmen waren zerstreut. Im zweiten Wahlgange wurde van Karnebeek (Holland) mit 22 Stimmen gewählt, während Da Cunha (Brasilien) 15 Stimmen und Motta (Schweiz) eine Stimme erhielt. Abgegeben waren 38 Stimmen, davon eine weiße. Die Wahl des Vizepräsidenten wurde nach längerer Debatte auf Grund eines Antrages Branting (Schweden) verlagert, weil im vorigen Jahre erst die Kommissionspräsidenten gewählt worden waren und dann aus ihren Reihen der Vizepräsident der Vollversammlung. Die Sitzung schloß darauf um 5 1/2 Uhr.

Wie aus den vorliegenden Berichten hervorgeht, vollzog sich die Eröffnung der zweiten Tagung des Völkerbundes in ganz anderer, weniger feierlicher Weise als die Eröffnung der ersten Sitzung im vergangenen Jahre. Die großen Hoffnungen, die einst welcke Kreise auf den Völkerbund gesetzt hatten, sind zum größten Teil verfliegen. Manche arge Enttäuschung hat der Fund der Regierungen der kapitalistischen Staaten den Hoffnungspropheten bisher bereitet. Die Stimmung ist wesentlich nüchterner geworden. An immer weiteren Kreisen hat sich bereits die Erkenntnis durchgesetzt, daß von einem solchen Völkerbund das Heil nicht zu erwarten ist, daß er den Völkern Frieden nimmer bringen wird. Das wird sich jetzt wieder mit aller Deutlichkeit zeigen, wenn die Vollversammlung der Diplomaten an die Erörterung der wichtigsten Frage ihrer Tagesordnung, an die Abrüstungsfrage, herangeht. Ueber schöne Reden und unverbindliche Resolutionen wird man dann nicht hinaufkommen, und im übrigen wird über diese Frage nicht in Genf, sondern erst auf der großen Konferenz in Washington entschieden werden.

## Die Reaktion in Danzig.

Berlin, 6. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Straßensat des Oberlandesgerichtes in Danzig hat sich, wie die Freiheit aus Danzig meldet, in seiner Sitzung vom 3. September mit der Strafsache gegen die (kommunistischen) Abgeordneten Rahn und Schmidt wegen der Vorgänge im Volkstag am 4. August beschäftigt. Er hat die Ansicht des Senats bekräftigt und die Rechtsfrage, ob bei den Beschuldigten der dringende Verdacht eines Verbrechens gegen § 105 des Strafgesetzbuches besteht, bejahend beantwortet. Die Freiheit sagt dazu, bisher habe volle Einmütigkeit darüber ge herrscht, daß die Bestimmung des § 105 gesetzgebenden Körperschaften einen Schutz gegen Bedrohungen von außen geben soll. Niemals, selbst in schärfsten reaktionären Zeiten nicht, ist aber diese Bestimmung gegen eine Opposition aus der Mitte der Versammlung angewendet versucht worden, wie es jetzt in Danzig geschieht.

## Ministerkrise in Italien?

Rom, 6. September. (U.) Laut Zeitungsmeldungen habe infolge des Verbotes eines katholischen Umzuges und der gestern vorgekommenen Zwischenfälle die katholischen Führer die 3 der Partei angehörenden Minister aufgefordert, zurückzutreten.

## Mißgriff oder Kursänderung?

Die Presseordnungen der Reichsregierung gegen die reaktionären Zeitungen waren bisher nur ein Schlag ins Wasser. In die großen Hakenkreuzblätter wagte man sich überhaupt nicht heran. Soweit Verbote ausgesprochen wurden, sind sie längst zurückgenommen worden. Die Verbote der kleinen nationalistischen Blätter aber waren nichts anderes als eine Demonstration, die vollständig wirkungslos verblühte. Wir haben, in dieser Voraussetzung, den Preßverordnungen der Regierung äußerst skeptisch gegenüberüberstanden, weil sich die deutsche Reaktion viel zu tief eingegriffen hat, als daß man sie durch das Verbot einiger Zeitungen in ihrem Fortschreiten auch nur hemmen könnte. Gewiß ist die Sache der reaktionären Zeitungen eine dauernde Gefahr für die Gestaltung unserer so verworrenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Kein führender Politiker, wenn er auch nur in Erzberger'schem Radikalismus schillerte, ist sicher vor den Folgen der Nordpropaganda im Sinne der „Niedbächer“ und des berüchtigten Lebius. Ihre eigentliche Stärke aber findet die Reaktion in den Organevereinigungen der verschiedensten Art in den Reihen der nationalistischen Beamten, vor allem aber in der neuentdeckten Justiz, die nachgerade zu einem unüberwindlichen Bollwerk der gesamten Reaktion wurde. Hier muß eingeschlagen werden, wenn der seit der Ermordung Erzbergers eingeschlagene neue Kurs der Reichsregierung das Staatsschiff tatsächlich in andre Bahnen zwingen will. In der gestrigen Nummer der Welt am Montag legt H. v. Gerlach die Sonde an das eigentliche Krebsgeschwür unserer Zeit, indem er schreibt:

Vielleicht die schlimmste Unterlassungssünde der Revolution war, daß sie die Grundlagen und den Personalbestand unserer Justiz einfach unberührt gelassen hat. Die Auslegung und Anwendung der Gesetze der Republik wurde in halber Kalbität den alten Willkürherrschaften überlassen. So konnten die unzähligen Stände entstehen, für die zwei Namen typisch sind: Jagow und Lebius. Am 13. März 1920 wird die Fahne des bewaffneten Aufstehens gegen die Republik erhoben, und im September 1921 ist nach keiner der Aufständler abgeurteilt. Ein selbst in den Kreisen der Reaktionäre wenig geachteter Journalist fordert zweimal zur Ermordung von vier Deutschen auf, darunter eines Mannes wie Einstein, und bekommt dafür 1000 M. Geldstrafe — eine Strafe, die im Publikum nicht wie Sühne, sondern wie Sympathieerklärung für den Rechtschwand wirkt.

Dr. Wirths Einsicht steht auf der Höhe seiner Energie. Er weiß, daß Ausnahmemaßnahmen nur kurze Beine haben dürfen. Die Zeit muß genützt werden. Die Staatsanwaltschaft ist zu führen von den reaktionären Elementen, ist zu einem zuverlässigen Organ der Republik zu gestalten. Die Justizreform ist dringendste Gegenwartsforderung.

Bringt die Reichsregierung zu derartigen Reformbestrebungen nicht die erforderliche Energie auf, dann werden alle andern Verbote nicht viel mehr Wirkung haben als die Maßnahmen eines Arztes, der wohl den äußerlichen Krankheitserscheinungen seines Patienten zu Leibe geht, den eigentlichen Herd der Krankheit aber unberücksichtigt läßt.

Die Preßverordnungen Dr. Wirths waren gegen rechts gerichtet. Die Reichsregierung kommentierte diese Tatsache, indem sie eine Anzahl Verbote gegenüber kommunistischen Organen zur Aufhebung brachte. Die Königsberger Rote Fahne des Ostens durfte, nachdem sie der Märzaktion zum Opfer fiel, erneut erscheinen. Auch sonst hatte es den Anschein, als sollten Erleichterungen getroffen werden, um das Wüten der hakenkreuzerischen Gerichte in seiner Wirkung abzuschwächen. Das geschah, nachdem die Revolvergeschosse gegen Erzberger in tausend Echo durch die deutschen Lande hallten. Dr. Wirth und seine Kollegen im Reichskabinett standen unter der unmittelbaren Wirkung der Mordtat, um so mehr, als Dr. Wirth von den Niedbächer Mordstrategen mit Erzberger in einer Linie genannt wurde. Unter Hinblick auf die politische Gesinnung vieler „nachgeordneter“ Instanzen, insbesondere aber auf die Rechtskräfte unserer Justiz, wiesen wir schon damals auf den Pferdeschuh hin, der unverkennbar in den Verordnungen Dr. Wirths zu erkennen war. Nach rechts ranzelten alle Regierungen der Republik immer nur die Brauen und nur nach links schlug man. Nunmehr zeigt sich immer klarer, daß auch das Wieder- aufbaukabinett den „aktbewährten“ Traditionen aller Regierungen der deutschen Republik zu folgen bestrebt ist. Die Rote Fahne des Ostens ist dem Fallbeil der Preßverordnungen von neuem erlegen. Weitere Verbote sind ergangen gegen die kommunistischen Zeitungen in Halle und Frankfurt. Die Tribüne in Halle sollte in einem Artikel auf Rüstungen hingewiesen, die ihre Zentrale in Kamburg — dem berüchtigten Kapstadt — haben sollte und dann von Erfurt und Dredruff, den Zentralen der Thüringischen Reaktion, „flankiert“ werde. Sie berichtete von Säuberungsmassnahmen in den Reihen der Stpo, um die in Aussicht gestellte Ueberwachung aller Führer von SPD, bis SPD, besser durchzuführen zu können. Die Tribüne knüpft daran Schlussfolgerungen, die neben den üblichen Forderungen in dem „Selbstschutz der Arbeiter“ aufzählen. Den Anlaß zum Verbot gab ein weiterer Aufsatz: Von Niedbächer bis Erzberger. Daraufhin erfolgte das Verbot mit folgender Begründung: